



Liebevolle Pflege im Alter ist das, was sich jeder wünscht. Wo eine Familie dies nicht bieten kann, ist professionelle Hilfe gefragt.

Symeon

Nachgefragt

Der Misstand wird akzeptiert

Professor Dr. Arne Petermann ist Professor an der Berufsakademie für Gesundheits- und Sozialwesen Saarland und Gründer von Linara Faircare, dem deutschlandweit führenden Anbieter häuslicher Pflegekräfte, der Personal auch im Kreis Esslingen vermittelt und Agenturen berät. Der Teckbote wollte von ihm wissen, was schief läuft in der Pflege.

Herr Petermann, welche Fehler hat die Politik beim Thema Pflege in der Vergangenheit begangen?

Die Politik hat den Wunsch der meisten Menschen, zu Hause alt zu werden, ignoriert, indem sie durch die Pflegegesetzgebung keine ausreichenden Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen hat, um zeitintensive, aber pflegerisch niederschwellige Angebote in großer Zahl zu schaffen. Diese Lücke wurde durch Betreuungskräfte aus Polen und anderen Ländern geschlossen, die aber wegen der fehlenden Finanzierung und Qualitätsregulierung im Sozialgesetzbuch zu 90 Prozent schwarzarbeiten. Jeder Pflegepolitiker weiß das, und die meisten akzeptieren bis heute diesen unhaltbaren Zustand.

Was sind also die drängendsten Aufgaben einer neuen Bundesregierung bei diesem Thema?

Die neue Regierung sollte den Vorschlag von Herrn Spahn umsetzen und 40 Prozent der Sachleistungen für im Haushalt lebende Betreuungskräfte fördern. Sie sollte sich zudem am österreichischen Haus-



Professor Dr. Arne Petermann

betreuungsgesetz orientieren, das die häusliche Betreuung rechtlicher löst, sowohl für Arbeitnehmer als auch für arbeitnehmerähnliche Selbstständige mit Sozialversicherungsschutz. Die Übernahme vergleichbarer Regelungen würde 95 Prozent der aktuellen Probleme lösen und wie in Österreich zu einem Austrocknen des Schwarzmarktes führen.

Ist Pflege in Deutschland ehrlicherweise ohne Billigkräfte aus dem Ausland dauerhaft bezahlbar?

Nein. Wenn wir darauf verzichten wollen, dann müsste der Beitrag zur Pflegeversicherung – der eh steigen wird – massiv erhöht werden. Dies würde über die Lohnnebenkosten den Wirtschaftsstandort gefährden und zu zusätzlichen Belastungen für die Gesellschaft führen. Wir brauchen eine ehrliche Debatte darüber, ob wir ein Europa mit offenen Grenzen wollen und damit die Freiheit der Menschen in der EU bejahen, für ihre Lebensverhältnisse in den Heimatländern sehr gutes Geld in der häuslichen Betreuung in Deutschland zu verdienen. Das hat mit Billigkräften nichts zu tun – außer man wollte die östlichen EU-Bürger vom Arbeitsmarkt und relativen Wohlstand in Deutschland ausgrenzen und faktisch die Mauer wieder hochziehen.

Bernd Köble

Mehr Geld für Pflege – nur woher?

Bundestagswahl Die Absicherung einer Gesellschaft, die immer älter wird, ist eine der drängendsten Aufgaben einer neuen Regierung. Die sechs Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Wahlkreis liefern Ideen. Von Bernd Köble

Zu wenig staatlicher Hilfen, Kosten, die die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen nicht mehr zu schulden sind und Schwarzarbeit als einzige Alternative – das sind die Probleme, die sich in der Pflege in Deutschland drängend zeigen. Ein Bundestagswahlkampf im Wahlkreis



einzig. Über den richtigen Weg dorthin gehen die Mitbürger allerdings uneinig.

Michael Hennerich (CDU) will vor allem den Pflegebedarf durch bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen attraktiver machen. Darin sieht der Berliner Gesundheitsexperte eine der größten Herausforderungen. Er verweist auf 12000 zusätzliche Stellen in der stationären Pflege, die die aktuelle Regierung zuletzt finanziert habe. Hennerich will aber auch an der 24-Stunden-Betreuung zu Hause festhalten. Er sagt: „Das hat über Jahrzehnte gut funktioniert.“ Das sei sich dabei in den allermeisten Fällen um Schwarzarbeit handelt, dem widerspricht der Abgeordnete. Viele Arbeitsverhältnisse seien illegal über Agenturen. Deshalb fordert er das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Juni. Was die Finanzierung angeht, sagt Hennerich: „Eine Bürgerversicherung löst die Probleme definitiv nicht.“ Er plädiert stattdessen für betriebliche Zusatzversicherungen und eine erhöhte Steu-

effizenzierung, sagt aber auch: „Die Pflegeversicherung ist kein Erbschutzprogramm.“ Ein Teil der Kosten werde individuell getragen werden müssen, wolle man die Beiträge stabil halten.

Nils Schindl (SPD) spricht sich ebenfalls für eine Stärkung der häuslichen Pflege aus. Er sagt allerdings: „Wir müssen sicherstellen, dass alle, die dort arbeiten, einen angemessenen Lohn erhalten – egal woher sie kommen.“ Deshalb billt er das Urteil des Arbeitsgerichts für wegweisend. Schindl möchte die Pflege durch Angehörige attraktiver machen. Er fordert Lohnsteuerbefreiungen über 23 Monate, wenn Familienmitglieder beruflich klarstellen, um einen Angehörigen zu pflegen. Gleichzeitig sollten Pflegeleistungen im Rentenrecht gleich behandelt werden wie Erziehungsleistungen. Bei der Finanzierung spricht sich Schindl für eine Bürgerversicherung aus, in die auch Selbstständige und Beamte einbezogen werden könnten. „Pflege ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft“, sagt er. Kostensteigerungen müssten mit einem Mix aus modernen steigenden Beiträgen und einem dynamischen Zuschuss des Bundes ausgeglichen werden.

Für Matthias Gatzel (Grüne) bedeutet Pflegepolitik, den Wunsch der Menschen, im Alter zu Hause bleiben zu wollen, ernst nehmen. Nicht immer sei dafür eine 24-Stunden-Betreuung nötig, sagt er. Alternativen, auf die er setzt, sind mobile Wohn- und Pflegeformen, vollstationäre Angebote wie Tages-, Kurzzeit- und Verbindungspflege oder auch neue Pflege-Wohngemeinschaft-

ten. In anderen Worten: Das Leben in einem Quartier für alle Generationen lebenswert zu machen. „Wichtig ist, dass alle diese Angebote in ein Umfeld eingebettet sind, die Menschen im Alter die Teilhabe an gesellschaftlichem Leben sicherstellt“, sagt Gatzel. Dabei gelte es auch, die Kommunen

Die Pflegeversicherung ist kein Erbschutzprogramm.

Michael Hennerich (CDU) Abgeordneter macht klar, dass der Staat nicht alle Alternativen abdecken kann.

mit Anschaffungsleistungen zu unterstützen. Anders als sein SPD-Kollege Nils Schindl spricht sich Gatzel für die Zahlung von Lohnersatzleistungen für pfle-

gernde Angehörige über einen Zeitraum von bis zu drei Jahren aus. Bei der Finanzierung macht sich auch er für eine Bürgerversicherung stark. Wenn man Eigenanteile zahlen und darauf verzichten wolle, müssten alle entsprechend ihres Einkommens einen Beitrag leisten. „Pflegebedürftigkeit darf kein Armutsrisiko sein“, betont Gatzel.

Ähnlich argumentiert auch Hübeyla Sabit (Linke). Das Prinzip einer Bürgerversicherung, die Beiträge auf alle Einkommen erhebt, hält auch er für erforderlich. Er nennt es „Solidarische Pflegeversicherung“, die keine Eigenanteile kennt und die private und gesetzliche Pflegeversicherung zusammenfassen soll. Für Sabit zählt sich das auf lange Sicht aus. Wenn weniger Menschen durch bessere Pflegekosten von Sozialhilfe leben müssten, würde das auch die Kommunen entlasten. „Wir sind schon lang am Erhalt der Gesellschaft beigetragen hat“, meint der

Kandidat der Linken. „Der muss im Alter auch von dieser Gesellschaft leben können.“

Renata Ab (FDP) hält den Personalmangel für das größte Problem. Mit einer bedarfsgerechten Personalbemessung und besserer Karrierechancen will sie den Pflegeberuf attraktiver machen. Mehr Rechtsicherheit und Qualitätskontrolle fordert die Abgeordnete in der häuslichen Pflege durch verbindliche Kriterien. Was die Finanzierung angeht, sagt Renata Ab: „Je mehr generationenübergreifend, desto besser.“ Die Pflegeversicherung soll die Teilhabe zwar erhalten bleiben. Sie spricht sich jedoch – wie bei der CDU – für ein Drei-Stufen-Modell aus: In einer ersten Phase soll die Pflegeversicherung erweitert werden, um die Kosten für die Betreuung zu deckeln. In der zweiten Phase sollen die Kosten für die Betreuung zu deckeln. In der dritten Phase sollen die Kosten für die Betreuung zu deckeln.

„Ein Pflegeheim sollte nur die letzte Möglichkeit sein“, sagt Kerstin Haasler (AfD). Um Familien zu entlasten, will sie pflegende Angehörige Arbeitsentgelt in der Sozialversicherung gleichstellen. Billige Arbeitskräfte aus dem Ausland seien keine Lösung. Schwarzarbeit kein Karrierewegweiser. Eine Bürgerversicherung löst die AfD-Kandidatin ab, weil Gleichberechtigung zu keinen Kosten führe. Stattdessen solle die neue Regierung den Bedarf an Personal ausrechnen und bei der Finanzierung berücksichtigen. Die Übernahme von 40 Prozent der Sachleistungen in der 24-Stunden-Betreuung zu Hause werde ebenfalls wieder gestrichen.

Verbesserungen ab dem kommenden Jahr

Der Bundestag hat im Juni einen Gesetzentwurf zur Verbesserung in der Pflege angenommen. Das Gesetz tritt Anfang 2022 in Kraft. Dabei geht es unter anderem um mehr Geld für Sachleistungen in der ambulanten

und den Anspruch auf Übergangspflege im Krankenhaus. Außerdem muss Personal in Pflegeeinrichtungen ab 2022 nach Tarif bezahlt werden.

Kritiker der Branche sprechen von einem „Jahrchen“, weil sich die Politik über grundlegende Änderungen

nicht einigen konnte. Statt der geplanten Deckelung des Eigenanteils in der stationären Pflege hat SPD-Kanzler Hennerich gibt es nur gestaffelte Zuschüsse. Die Übernahme von 40 Prozent der Sachleistungen in der 24-Stunden-Betreuung zu Hause wurde ebenfalls wieder gestrichen.

nicht einigen konnte. Statt der geplanten Deckelung des Eigenanteils in der stationären Pflege hat SPD-Kanzler Hennerich gibt es nur gestaffelte Zuschüsse. Die Übernahme von 40 Prozent der Sachleistungen in der 24-Stunden-Betreuung zu Hause wurde ebenfalls wieder gestrichen.

Beratung für Hörbehinderte

Kirchheim. Am Mittwoch, 1. September, findet von 14 bis 16 Uhr im Haus der sozialen Dienste am Wäldertalplatz 7 in Kirchheim das kostenlose Beratungsgespräch der Experten der unabhängigen Teck-Beratung (EUTB) mit dem Schwerpunkt Schwerhörigkeit und Hörbehinderung statt.

Dabei werden Fragen zur Hörgeräteeinrichtung und technischen Hilfsmitteln, zu verschiedenen Kommunikationsmöglichkeiten, aber auch zum Schwerhörigenkommunikationskurs und zu sozialrechtlichen Leistungen beantwortet. Als Einrichtung der EUTB unterstützen und berät der Landesverband der

Schwerhörigen und Ertautes Baden-Württemberg darüber hinaus Menschen mit Behinderungen, von Behinderung bedrohte Menschen und deren Angehörige. Dabei geht es um Fragen der Rehabilitation aber auch, wie Lebensgeschichten oder auch völlig geliebte Menschen ein erfülltes Leben schenken können. Für die Beratung ist eine vorherige Anmeldung erforderlich.

Terminvereinbarungen sind möglich mit einer E-Mail an: beratung@eutb.de oder unter der Nummer 07 14/9 97 30 40

KONZERTTIP

Handgemachte Musikinstrumente haben die „Beats of Battersea“ an Bord, wenn es heute Abend um 19 Uhr auf der Bühne im Kirchheimer Hauptgarten stehen. Nur mit dem notwendigen Equipment unterwegs, strahlen die fünf Musiker nicht nur das Sound, sondern auch das damalige Lebensgefühl, das ihre Denkmäler und die Power-Power-Bewegung



Musik Perlen des Blues und Ragtime

Kirchheim. Am morgigen Sonntag spielt ab 12 Uhr das Trio „Jazzblues“ in der Hofkirche in Kirchheim verschiedene Perlen aus der Anfangszeit des Blues und Ragtime. Oliver Schürle am Akkordeon, Fred Ochs an der Klarinette und Monika Bae an der Gitarre und Gesang führen Songs von Blind Willie, Robert Johnson, Elmer Bern, Willie Dixon und anderen. Bei dem Frühschoppen erhalten Wäldertalbesucher Michael Anberger ebenfalls ein paar Zitate und serviert „Nachschäber“.